



Bettina M. Wiesmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Matthias Zimmer
Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

„5 Mio. Euro für die Aufwertung der Siedlungen des Neuen Frankfurts“. Bundesinnenministerium gibt „Nationale Projekte des Städtebaus“ bekannt.

Berlin/Frankfurt am Main, 05.04.2019

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 79552
Fax: +49 30 227 70554

Wahlkreisbüro

Kurt-Schumacher-Straße 30-32
60313 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 153 099 183

Bettina.wiesmann@bundestag.de
www.bmwiesmann.de

Die beiden direkt gewählten Frankfurter Bundestagsabgeordneten Bettina M. Wiesmann und Prof. Dr. Matthias Zimmer (beide CDU) zeigen sich sehr erfreut, dass es die Siedlungen des Neuen Frankfurt auf die Liste der Nationalen Projekte des Städtebaus für die Jahre 2018/2019 geschafft haben. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat stellt für dieses Projekt 5 Mio. Euro zur Verfügung.

„Wir freuen uns, dass der Bund ein wichtiges Frankfurter Stadtentwicklungsprojekt unterstützt“, so die Bundestagsabgeordnete für den Frankfurter Norden, Osten und Süden, Bettina M. Wiesmann. „Bauhaus und das Neue Frankfurt sind ein anschaulicher Beleg für die erfolgreiche Bekämpfung von Wohnungsknappheit durch die Förderung innovativer Bauvorhaben, der bis heute Gültigkeit hat. Verordnungen und staatliche Preisaufsicht leisten keine Abhilfe, Mietpreisbremsen schaffen keinen neuen Wohnraum“, fährt Wiesmann fort, die am 17. Mai dieses Jahres im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Frankfurt liest ein Buch“ die Gestaltungsschulen würdigen wird.

Vom Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“, das insgesamt 140 Mio. Euro umfasst, profitieren städtebauliche Vorhaben mit besonderer nationaler bzw. internationaler Wahrnehmbarkeit, sehr hoher Qualität und überdurchschnittlichem Investitionsvolumen sowie Projekte mit hohem Innovationspotenzial und Vorbildwirkung. Die Förderentscheidung des Ministeriums orientiert sich an der Empfehlung einer interdisziplinär besetzten Jury unter Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs Marco Wanderwitz. Der Jury gehörten neben Abgeordneten des Deutschen Bundestags Experten unterschiedlicher Fachrichtungen an.

Die zwischen 1925 und 1933 entstandenen Siedlungen des Neuen Frankfurts waren ein bis heute weltweit anerkannter Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage zwischen den beiden Weltkriegen. Die heute geplanten Maßnahmen dienen der Aufwertung des Gebäudebestands und seines Umfelds. „Mit diesem Projekt und der Förderung aus Bundesmitteln wird auch ein wichtiger Impuls für die aktuelle Debatte um Wohnungsfragen geliefert“, so Zimmer abschließend.